

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands – MLPD

Kreisverband Essen/Mülheim

c/o Sigrid Agbeley, III.Stiege 16, 45309 Essen
Tel.: 0201/290597, E-Mail: essen-muelheim@mlpd.de

12.02.2020

An die demokratische Öffentlichkeit

Erklärung zum Ausschluss aus dem Bündnis „Essen stellt sich quer“

Am 3. Februar 2020 wurde im Plenum des antifaschistischen Bündnisses „Essen stellt sich quer“ vor allem von Kräften der Grünen und SPD ein Beschluss herbeigeführt, die MLPD aus dem Bündnis auszuschließen. Dieser Beschluss spaltet „Essen stellt sich quer“ und verändert seinen Charakter. Denn damit wird vom 20 Jahre bewährten Selbstverständnis einer überparteilichen Aktionseinheit aller Demokraten und Antifaschisten als einer wesentlichen Lehre aus dem Hitlerfaschismus abgerückt. Und das in einer Situation, wo bundesweit tausende Menschen unter dem Motto „*Alle zusammen gegen die Faschisten!*“ auf die Straße gehen.

Der Beschluss ist politisch ein Kniefall vor der Rechtsentwicklung. Er spielt deren Trägern in Regierung und bürgerlichen Parteien in die Hände. Dementsprechend war der Jubel aus der rechten Ecke wie dem „Essener Bürgerbündnis“ (EBB) und dem antikommunistischen Blog „Ruhrbarone“ groß. Bezeichnend ist, dass das Abstimmungsergebnis noch aus dem laufenden Plenum heraus an „Ruhrbarone“ durchgegeben wurde.

Dünne Mehrheit für weitgehenden Beschluss

Dass Antifaschisten grundsätzlich keine anderen Antifaschisten ausschließen, wurde hier mit Füßen getreten. Mit einer knappen Mehrheit wurde ein Gründungsmitglied und eine aktive antifaschistische Kraft von einem relativ zufällig zusammengesetzten Plenum ausgeschlossen. 16 Anwesende (vor allem aus dem Spektrum der Grünen und SPD/Jusos/Falken) stimmten für den Ausschluss der MLPD, 12 stimmten dagegen (MLPD-Vertreter, REBELL, DKP, Essen steht AUF, eine Genossin der Linkspartei und Einzelpersonen), 8 enthielten sich. Zwei weitere Mitglieder der Linkspartei stimmten für den Ausschluss der MLPD. Hätten sie anders gestimmt, wäre diese Spaltung gescheitert. Wie „demokratisch“ ist es, wenn für so einen Beschluss nicht einmal eine absolute Mehrheit als nötig erachtet wird?

Kurswechsel

Bis zur großen Essener Demo gegen die Hogesa-Faschisten im Januar 2015 war es kein Problem, dass die MLPD nicht nur Flagge zeigt, sondern wie alle im Bündnis aktiven Organisationen auch einen Redner stellt. Das nahm die CDU zum Anlass, um im Nachhinein gegen die Beteiligung von „Linksextremisten“ zu hetzen und mit der Gründung eines eigenen bürgerlichen Bündnisses zu drohen. Darauf gab „Essen stellt sich quer“ damals eine unmissverständliche Antwort: „*Von den in Essen aktiven Parteien sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Essener Zukunftsbündnis, MLPD, DKP und das Wahlbündnis Essen steht AUF aktive Mitglieder in unserem Bündnis, so wie zum Beispiel auch DGB, Essener Jugendbündnis, DFG-VK, Anti-Rassismus-Telefon oder VVN-BdA um nur einige weitere Organisationen zu nennen. ... "Essen stellt sich quer" ist gerade in letzter Zeit wegen seiner Breite immer wieder gelobt worden. Auf dieses Lob sind wir stolz und werden weiter daran arbeiten, das Bündnis zu vergrößern, ohne Partner auszuschließen.*“ (Pressemitteilung vom 23.01.15)

2015 war auch das Jahr, in dem mit der Krise der bürgerlichen Flüchtlingspolitik die Rechtsentwicklung von Regierung und Parteien Fahrt aufnahm. Im Zuge dieser Entwicklung wurde auch der antikommunistische Druck auf „Essen stellt sich quer“ weiter gesteigert. So forderten der Ex-SPD-Mann Endruschat, CDU-Kalweit oder neuerdings EBB-Rechtsausleger Hemsteeg, die MLPD auszuschließen. Mitte 2019 forderte der Antikommunist Stefan Laurin, Betreiber des Ruhrbarone-Blogs, offen SPD und GRÜNE dazu auf, die MLPD endlich aus „Essen stellt sich quer“ hinaus zu säubern. Das blieb bei manchen Leuten im Bündnis offensichtlich nicht ohne Wirkung, und es entwickelte sich eine Praxis, mit der MLPD nicht mehr gleichberechtigt zusammenzuarbeiten. So wurde ihr bei der großen Demo „Wir sind mehr“ im September 2018 gegen die Faschistenaufmärsche in Chemnitz nicht nur ein Redebeitrag, sondern auch das Nutzen eines offenen Mikrofons verweigert.

In der vorausgehenden Diskussion wurde gerade von den eifrigsten Verfechtern eines Ausschlusses vehement bestritten, dass dieser irgend etwas mit Antikommunismus zu tun hätte. Penetrant wurde jeder inhaltlichen Auseinandersetzung ausgewichen. In verschiedenen Stellungnahmen, vor allem aus dem grünen und antideutschen Spektrum, wurde jedoch deutlich, dass sehr wohl Antikommunismus das Leitmotiv für den Kurswechsel in „Essen stellt sich quer“ ist.

Bündnisarbeit auf antikommunistischer Grundlage ist unvereinbar mit wirksamen antifaschistischem Widerstand

Mehrfach wurde allen Ernstes das Argument gebracht, die MLPD solle sich doch bitte zurückhalten (also keine Fahnen, selbst ein Transparent mit der Aufschrift „Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda“ war schon zu viel), um nicht die sogenannte „bürgerliche Mitte“ zu verschrecken. Dieser Begriff folgt der reaktionären Extremismustheorie, welche mit der Gleichsetzung eines „Links- und Rechtsextremismus“ gegenüber der behaupteten Mitte der Gesellschaft zur Diskriminierung fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte verbreitet wird. Natürlich braucht der antifaschistische Kampf auch ehrliche bürgerliche Kräfte. Aber ihn daran auszurichten, dass Leute aus der „bürgerlichen Mitte“ mitmachen und dafür Marxisten-Leninisten raushalten zu wollen, ist eine Kapitulation vor dem Antikommunismus. Wohin dieser Antikommunismus führt und wozu diese „bürgerliche Mitte“ fähig ist, dafür bieten die Vorgänge in Thüringen aktuell ausreichend Anschauungsmaterial.

Selbst von Befürwortern des Ausschlusses wurde die langjährige, zuverlässige und engagierte Mitarbeit der MLPD in „Essen stellt sich quer“ hervorgehoben. Den konsequenten Antifaschismus der MLPD kann man nicht direkt angreifen. Also wird eine seit Monaten landauf landab von rechten Politikern, Antikommunisten verschiedenster Couleur und „Verfassungsschutz“ verbreitete Legende benutzt, um eine angebliche „Bündnisunfähigkeit“ der MLPD zu konstruieren. Da sich die MLPD angeblich nicht an Vereinbarungen halte, ständig versuche, Demos zu dominieren oder zu „kapern“, sei eine Zusammenarbeit mit ihr unzumutbar. Jeder, der die verstärkte Rechtsentwicklung verfolgt, müsste eigentlich erkennen, dass diese Erzählung vom „notorischen Fehlverhalten der MLPD“ nichts anderes ist als eine bundesweit gesteuerte antikommunistische Kampagne. Sie soll in den sozialen Bewegungen flächendeckend Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die MLPD, aber auch andere revolutionäre und linke Kräfte durchsetzen, um sie in einem Kapitalismus-konformen Rahmen zu halten. Deshalb wird massiv versucht, die MLPD mit allen Mitteln aus Bewegungen wie „Fridays for future“, der Flüchtlingssolidarität und selbst der Solidaritätsbewegung mit dem kurdischen Freiheitskampf herauszudrängen. Hauptlosung ist dabei „Keine Parteien!“, wobei die Strippenzieher in der Regel bürgerlichen Parteien angehören (Grüne / SPD oder ihren Jugendorganisationen). Vermehrt kommt es sogar zu körperlichen Attacken, die sich kaum von denen der Faschisten unterscheiden. Wer sich so verhält, stellt sich außerhalb der linken und demokratischen Bewegung!

Demokratische Rechte sind unteilbar

Die MLPD hält sich an gemeinsam gefasste Beschlüsse zur inhaltlichen Ausrichtung antifaschistischer Aktionen und ist hier auch kompromissfähig. Der *einzigste konkrete Vorwurf*, der die angebliche Bündnisunfähigkeit belegen soll, ist der, dass es sich die MLPD nicht nehmen lässt, eigenständig als Partei aufzutreten und zu äußern. Denn wir halten die antifaschistische Aufklärung und öffentliche Diskussion angesichts einer inzwischen entstandenen faschistischen Basis unter einem Teil der Bevölkerung für unverzichtbar.

Das Recht dazu wurde nach 1945 aus gutem Grund u.a. im Grundgesetz verankert und wurde in den letzten Monaten durch zahlreiche Gerichtsurteile bekräftigt. Alles andere öffnet politischer Willkür Tür und Tor. Der MLPD vorzuwerfen, es sei schlechter Stil, auf ihrem Recht zu bestehen, und daraus sogar einen Ausschlussgrund zu konstruieren, das ist selbst „schlechter Stil“ und zutiefst undemokratisch. Zugespitzt heißt das: *„Wir haben nichts gegen Marxisten-Leninisten - so lange sie den Mund halten und am besten gar nicht zu erkennen sind.“* Dem kann und wird sich die MLPD nicht unterordnen, und das kann auch nicht im Sinne aller ehrlichen Antifaschisten sein. Der antifaschistische Kampf ist heute untrennbar mit dem Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten verbunden.

Überparteiliche antifaschistische Aktionseinheit ist das Gebot der Stunde

Die MLPD wird diesen Ausschluss nicht einfach hinnehmen und dafür kämpfen, dass er zurückgenommen wird. Der Versuch von CDU und FDP in Thüringen, die faschistoide AfD salon- und regierungsfähig zu machen, zeigt eindrücklich, wie weitgehend die Rechtsentwicklung und wie ernst die faschistische Entwicklung in Deutschland ist. Das scheiterte bisher am breiten antifaschistischen Bewusstsein und Protest. Die MLPD beteiligt sich nach Kräften am weiteren Aufbau des Internationalistischen Bündnisses mit dem Ziel einer breiten antifaschistischen Einheitsfront und dem antifaschistischen Widerstand vor Ort. Wir brauchen den breiten Zusammenschluss aller Demokraten und Antifaschisten, von Parteien und Organisationen, auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes, die gleichberechtigt antifaschistische Aktivitäten gestalten. Jeder soll mit seinen Mitteln und seinem Stil dazu beitragen – das fördert Vielfalt, Toleranz und bunten Widerstand.

Die MLPD ist auch der Meinung, dass man sich keinesfalls an faschistische Aufmärsche - getarnt als „besorgte Bürger“ - gewöhnen darf und hat ihre Arbeit dazu intensiviert. Die ersten Erfahrungen in diesem Jahr dabei sind ermutigend. Wir erfahren eine große Offenheit bei den Menschen in Essen-Steele, die kaum ein Problem mit einer MLPD-Fahne und ein reges Interesse am offenen Mikrofon haben. Zu wünschen ist, dass auch andere Parteien und Organisationen sich hier stärker engagieren, anstatt die MLPD dafür zu kritisieren. Die MLPD ist jede Woche gegen die Naziaufmärsche in Steele auf der Straße, lässt sich durch Polizeischikanen nicht beirren und wird weiter daran festhalten – bisher und auch weiterhin mit allen Antifaschisten gemeinsam.